EUROPÄISCHE INTEGRATION 19.10.2015 | Norbert Römer

Asylrecht ohne Abstriche

Wir brauchen Investitionen in eine historische Integrationsleistung. Keine Panikmache.

Unsere Gesellschaft steht vor einer großen Herausforderung, vielleicht sogar vor einer der größten in der Geschichte unseres Landes. Viele Menschen kommen zu uns, um Schutz vor Krieg und Vertreibung, vor Verfolgung und Lebensgefahr zu suchen, um die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben für sich selbst und bei nicht wenigen auch für ihre Kinder zu verwirklichen. Und es werden immer mehr. Sie drängen und kommen nach Deutschland, das merken wir auch und gerade in Nordrhein-Westfalen. Damit ist eine Aufgabe verbunden, der wir uns als eine werteorientierte Gesellschaft mutig und beherzt stellen müssen, ohne die Sorgen und auch Ängste in unserer Bevölkerung auszublenden.

Die anhaltend wachsende Zahl von Flüchtlingen hat Gründe. Die Welt brennt. Sie brennt in Syrien, im Irak, in vielen Ländern Afrikas. Nicht alle, die zu uns kommen, werden hier bleiben können, manche auch nicht wollen. Viele aber schon! Wer Schutz vor politischer Verfolgung sucht, wird ihn bei uns bekommen, denn das Asylrecht gilt ohne Abstriche. Es hat bei uns Verfassungsrang. Daran lassen wir nicht rütteln.

Es ist richtig: Wir benötigen ein in Europa und darüber hinaus außenpolitisch abgestimmtes Handeln, um die Fluchtursachen zu bekämpfen. Daher muss die Situation in den Flüchtlingslagern rund um die Kriegs- und Krisenregionen sofort und nachhaltig verbessert werden. Beharrlich haben wir weiter daran zu arbeiten, die vielen gewalttätigen Konflikte zu lösen. Das alles ist mühsam, aber unbedingt notwendig. Deutsche Außenpolitik trägt auch heute schon das Ihre dazu bei.

Wer uns mahnt, es müsse alles getan werden, um die Flucht von Menschen in unser Land auch organisatorisch steuern zu können, dem muss klar geantwortet werden: Selbstverständlich hat die Europäische Union ihre Außengrenzen zu sichern, aber totale Abschottung gibt es nicht. Und Massenlager an der Grenze im Niemandsland sind keine Lösung.

Der Deutsche Bundestag hat vor wenigen Tagen mit großer Mehrheit die

Weichen dafür gestellt, dass der Bund endlich seinen Teil der organisatorischen und finanziellen Verantwortung wahrnimmt. Es hat lange und intensive Verhandlungen gebraucht, bis Länder und Kommunen, die bisher allein für die Versorgung der schutz- und asylsuchenden Menschen aufkommen, nun endlich entlastet werden. Damit ist ein guter Anfang gemacht. Jetzt kommt es auf die konsequente Umsetzung der getroffenen Entscheidungen an. Der Bund muss endlich dafür sorgen, dass die Asylverfahren schneller entschieden werden, damit Klarheit für die betroffenen Menschen und die Kommunen und Länder entsteht, wer bleibt und mit wem die große Integrationsaufgabe zu leisten ist. Dazu sind Länder und Kommunen nach wie vor bereit. Es gibt also keinen Grund zur Panikmache und zu einem Wettbewerb für immer neue Ideen. Und es ist vor allem keine Zeit für taktische Winkelzüge und durchsichtige Versuche, parteipolitische Feldgewinne verbuchen zu wollen.

Ja, die steigenden Flüchtlingszahlen fordern uns, sie überfordern uns aber nicht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen uns allen in den Weg stellen, die Ängste, Vorurteile oder sogar Hass gegen Menschen in Not schüren wollen. Wir stehen an der Seite der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Betreuung von Flüchtlingen engagieren. Sie sind ein Vorbild und sie verdienen noch mehr Unterstützung. Und sie erwarten von uns Haltung und eine klare politische Orientierung, die eben nicht kleinbürgerlich, kleinkariert und piefig ist.

Denn Hilfe für Verfolgte verlangt nichts Übermenschliches. Sie verlangt Menschlichkeit: „Die Einsicht in die schlimme Wahrheit, dass wir nicht alle Asylberechtigten der Welt retten können, ist keine Entschuldigung dafür, einen dieser Menschen nicht zu retten, obwohl wir ihn retten könnten. Das ist die Messlatte: Wollen wir möglichst viele retten oder möglichst wenige?“ Das schreibt Franz Müntefering. Und unsere Antwort ist klar: Wir wollen möglichst viele retten!

Wie immer vor großen Herausforderungen scheidet sich auch heute in der Politik die Spreu vom Weizen dadurch, wer verzagt und wer anpackt. Wir packen an. Wir wissen um die Probleme und die Herausforderungen, aber wir lamentieren nicht. Denn wir kennen auch die Chancen und die Vorteile von Zuwanderung in unsere Gesellschaft. Wir in Nordrhein-Westfalen verfügen davon über reichhaltige Erfahrung.

Anpacken angesichts der Flüchtlingsbewegung heißt jetzt, ein positives Zukunftsbild für unser Land zu entwickeln. Deutschland kann zu einem Land werden, das durch die erfolgreiche Integration von Einwanderern

dynamischer, innovativer und auch wirtschaftlich erfolgreicher bleibt als viele andere Länder, die glauben, sich abschotten zu müssen. Wir können jetzt zeigen, dass wir aus den Fehlern der 1960er und 1970er Jahre gelernt haben.

Ja, diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, müssen unser Land schneller wieder verlassen, als das bisher der Fall ist. Was wir in Deutschland brauchen, um zu einer geordneten Einwanderung jenseits des Asylrechts zu finden, ist ein Einwanderungsgesetz. Und wir brauchen es jetzt und nicht erst in zwei, drei oder gar vier Jahren. Deshalb müssen CDU und CSU sich endlich von ihrer Lebenslüge befreien, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Die Menschen, die bei uns bleiben, werden dann nicht mehr Flüchtlinge, sondern Einwohner unseres Landes sein, viele sogar Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Sie wollen arbeiten und sich fortbilden. Sie wollen etwas leisten und sich eine Zukunft aufbauen. Und darin unterscheiden sie sich überhaupt nicht von uns.

Wir haben jetzt die Chance, durch öffentliche Zukunftsinvestitionen eine historische Integrationsleistung zu vollbringen. Deutschland braucht deshalb dringend einen Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen für die Gestaltung der Zukunft. Dabei muss uns eines ganz klar sein:

Die Flüchtlinge sind nur der Anlass, nicht aber der Grund für Investitionen, die sich in 15 oder 20 Jahren um ein Vielfaches rentieren werden. Alle Menschen in unserem Land brauchen Bildung, Arbeit und bezahlbare Wohnungen. Und es gibt immer noch zu viele, die zu wenig davon haben.

Also: Wir bauen Wohnungen nicht nur für Einwanderer, sondern für alle, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Wir betreiben aktive Arbeitsmarktpolitik nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Und wir schaffen auch zusätzliche Kita-Plätze und Lehrerstellen nicht nur für Flüchtlingskinder. Alle Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildungschancen.

Wenn wir jetzt den Mut haben, diese großen Herausforderungen anzupacken, wenn wir jetzt die Kraft aufbringen, diese Investitionen für die Gestaltung der Zukunft zu stemmen, dann kann Deutschland in 15 oder 20 Jahren ein stärkeres und gerechteres Land sein, als es heute ist.



Norbert Römer
Soest

Norbert Römer ist seit 2010 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen.

15 LESERBRIEFE

Udo Dreutler schrieb am 20.10.2015

Es ist erfreulich, eine so klaren und vernüftigen Beitrag zur derzeitgen Diskussion zu lesen. Das ist konstruktiv und unseres Landes würdig - nicht die unzeitgemäßen Forderungen eines Herrn Seehofer.

Ich bin keine Politiker, aber betreue und begleite seit rund 20 Jahren asylbewerber durch ihr Verfahren - und wenn schief geht eventuell zurück in ihre Heimat. Ich weiß wovon ich spreche!

Danke Herr Römer

Oliver Wagner schrieb am 20.10.2015

Ich kann Herrn Dreutler nicht so recht folgen, Beiträge dieser "klaren" Art gibt es zu Hauf... Ich stelle die Frage an Herrn Römer: Wo soll das Geld herkommen? Wir haben bisher kein Geld für dringend benötigte Bildungsinvestitionen, Verkehrsprojekte etc., wo soll es denn jetzt plötzlich herkommen, wenn (großspurig) Steuererhöhungen ebenso die Kreditaufnahme durch den Staat (Erhaltung der "schwarzen Null") ausgeschlossen werden? Habe ich was verpasst, will sich die SPD jetzt für eine Reichensteuer oder eine Erhöhung der Spekulationsgewinnsteuer einsetzen? Menschen wie Magdeburgs Oberbürgermeister Trümper werden verbal angegriffen, weil sie den momentanen Zickzack Kurs der SPD mit Austritt quittieren. Wir brauchen (finanzielle) Lösungen und keine Phrasendrescherei... oder wir kommen mit den vorhandenen Mitteln aus, dann geht die Argumentation zu Seehofers Vorschlägen. Ganz einfach...

Gerd Post schrieb am 20.10.2015

Ja richtig, es ist ein schöner Artikel mit viel Sonnenschein

und guter Laune, geschrieben für verständnisvolle Politiker die Freunde haben an den Reisen zu den Assad's dieser Welt.
Ich freue mich dass es so verständnisvolle Schreiberlinge gibt. Ich bin sicher der Verfasser hatte auch immer schon ein Herz für unsere Harz 4 Empfänger, denen es ja in unserem schönen Deutschland so gut geht.
Sonnige Grüße

SELBSTAKTIV schrieb am 20.10.2015

Ja, dies ist ein Artikel so ganz aus der Seele eines M E N S C H E N . Diejenigen die an diesem Artikel Kritik üben, haben den Sinn nicht verstanden, oder wollen ihn nicht verstehen.

Es geht aber auch um Geld, auch um sehr viel Geld. Geld das später aber wieder kommt!!!

Egal, ob aus Bundes, Eu oder Länderkassen. Hier ist die Politik gefordert. Wir MENSCHEN oder GUTMENSCHEN sind sowieso bereit zu helfen, oder?

JÃ☒Â¼rgen Schmitt schrieb am 20.10.2015

Na ja...
Zwei Anmerkungen:
1. In Südeuropa (Spanien, Italien, Griechenland) knapp unter 50 %.
2. Nigeria (das ich persönlich gut kenne) hat knapp 180 Millionen Einwohner und wächst p.a. um 2,9 %. Boko Haram verwüstet den Norden des nachkolonialen Vielvölkerstaates. Potentielle "Kriegs"-Flüchtling zu Hauf. Wenn "wir " 1 Mio Nigerianer im Jahr aufnehmen, hilft das dem Land nicht im geringsten - wir allerdings habe Probleme. Besser wäre: keine Ausbeutung des Meeres vor Nigeria durch europäische Fabrikschiffe und keine Hähnchenlieferung die die Landwirtschaft zerstören.
Dieser Humaniusmus ist bar jeder rationalen Grundlage. Einwanderung ja -aber mit Verstand.

Peter G. schrieb am 20.10.2015

Ja, auch ich empfinde viele Argumente von Herrn Römer als Phrasendrescherei. Man kann es schon fast nicht mehr hören: "Wir schaffen das. Alles ist gut." Besorgte Bürger,

die sich zu Wort melden, werden meist sofort in die rechtsradikale Ecke gestellt, auch und gerade von SPD-Politikern. Gar nichts ist gut! Europa ist nicht in der Lage, seine Aussengrenzen zu schützen. Hierauf haben die Bürger allerdings einen rechtsstaatlichen Anspruch. Die allermeisten EU-Länder verhalten sich äußerst unsolidarisch nach dem St. Florians-Prinzip. Und an EU-Verträge braucht sich sowieso niemand nicht mehr zu halten, sie gelten einfach nicht mehr (bsp. Vertrag von Dublin oder Maastricht). Und dann wird nicht zuletzt unser GG bemüht. Allerdings immer nur auf einseitige Weise, so wie es passt, bspw. der o.g. Art. 16a Abs. 1 GG (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht). Die Absätze 2 -5 werden vermulich bewusst außen vor gelassen. Oder warum bemüht man nicht auch einmal das geltende AufenthG? Oder gar GG Art. 20 Abs. 2 (Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus), und Abs. 3 (...die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden)? Sorgen und Befürchtungen der hier lebenden Menschen werden aktuell von keiner Partei ernstgenommen. Aussenpolitisch werden jetzt sogar Despoten hofiert. Der Vorwurf ist zu hören, die Deutschen lösen wieder alle Probleme mit Geld. Mein Fazit: die Stimmung kippt und

die SPD schaut zu, wie Politiker-Frustration und antidemokratische Einstellungen in erschreckendem Ausmaß entstehen. Ich selbst wähle nun seit 40 Jahren SPD. Der Partei folgen kann ich nicht mehr; nach 26 Jahren Parteimitgliedschaft bin ich nun ausgetreten.

Andrea aus+Bremen schrieb am 20.10.2015

Oh, wie mich das nervt, diese Stacheldrahtzieherei um das eigene Stückchen Rasen mit dem eigenen kleinen Häuschen. Wenn es mehr Menschen mit Anpacker- statt Heuler-Mentalität gäbe, wäre das, was Herr Römer hier skizziert, überhaupt kein Problem.

Kommt doch mal aus euren Ecken und tut was ... anstatt immer um eure Privilegien zu fürchten.

GeldFragezeichen schrieb am 21.10.2015

Es ist eine Illusion und auch gefährlich, ALLEN Schutz versprechen zu wollen. Das Asylsystem ist aus einer Zeit, als Deutschland nicht Ziel einer massiven Einwanderungswelle war.
Mit dieser Illusion werden Leute verleitet, ein noch recht

sicheres Dasein aufzugeben, ihre Heimat zu verlassen und das Geschäft mit der Schlepperei wird angeheizt.

Scarlett O'Hara schrieb am 21.10.2015

"Wer Schutz vor politischer Verfolgung sucht, wird ihn bei uns bekommen, denn das Asylrecht gilt ohne Abstriche. Es hat bei uns Verfassungsrang. Daran lassen wir nicht rütteln." ... Aha. Und nun kommen Millionen politisch Verfolgter, weil die Welt brennt? Lt. BAMF bekamen bis 9/2015 aber gerade mal 0,9% Asyl nach GG 16a. Gleichzeitig gibt es noch Asyl lt. Art. 14 Menschenrechtskonvention, lt. Art. 18 EU-Menschenrechtskonvention, lt. Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und lt. Kinderschutzkonvention von 1992. Als einziges Land auf der ganzen Welt hat Deutschland dazu das Asylantragsrecht in der Verfassung für ganze 0,9% der Antragsteller. Und "daran lassen wir nicht rütteln". - Warum nicht? Weil es Deutschland so einmalig moralisch überheblich über den Rest der Welt macht? ... Der Rest der Welt kommt mit Menschenrechtskonvention etc. vollkommen aus. "Am deutschen Wesen ... " - Kein Wunder, dass hier Asylchaos

herrscht und die ganze Welt: Deutschland! Deutschland! ruft. Aber keine Sorge, ihr schafft das - oder es schafft euch! Derweil wanderten 2014 bereits 800.000 Hochqualifizierte aus. Moral kostet. Will nicht jeder bezahlen.

Scarlett O'Hara schrieb am 21.10.2015

@Peter G.: Das müssen Sie so sehen. Die Politik ist nicht in der Lage die gut 3.600 km deutsche Grenze zu schützen, will aber 3 Milliarden an Erdogan zahlen, damit der seine gut 7.000 km Außengrenze schützt. ... Alles klar? Die Logik liegt im Auge des Betrachters, kann aber auch Spuren von Ironie enthalten.

GeldFragezeichen schrieb am 22.10.2015

Die Aussage "wir schaffen das" gut erkennbar als "yes, we can" -Nachahmung. Nur der Präsident Obama schafft ja auch nicht alles, angefangen von der Waffengesetzgebung bis Afghanistan.
Ausserdem sollte man bedenken:
- Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Am Ende wird es neben Steuererhöhung z.B:

Steuervergünstigung , Investitionszulagen geben, und die nützen bekanntlich nur den Reichen. Es wird sicher so schon genug verdient am Elend.
- in dem Artikel wird von "retten" gesprochen. Meint der Autor damit, und das ist eine ehrliche Frage, anderen das Leben zu retten , oder ihnen eine bessere Lebensperspektive als das Leben in z.B. einem türkischen Lager zu geben ? Ja klar für letztere wäre ein Einwanderungsgesetz das Richtige !

Annika schrieb am 22.10.2015

Sehr klarer und interessanter Artikel!
Eine Frage konnte ich mir allerdings bisher nicht so recht beantworten: Warum müssen wir eigentlich unsere Außengrenzen schützen?

Dr. Goetz Basse schrieb am 22.10.2015

Keine Frage, wir müssen essentiell bedrohte Menschen aufnehmen. Aber in realistischen Grenzen.
Und wir müssen unser Wertesystem offensiv formulieren und Anpassung einfordern.

GeldFragezeichen schrieb am 25.10.2015

Asyl ist Asyl und heißt ja nicht Bleiberecht für immer.
Aber irgendwie scheint das irgendwo nicht so angekommen zu sein.
Asyl suchende sollten sich also NIcht auf hier bleiben einstellen Sonden auf baldmöglichste Rückkehr. Und ein derartiges Bestreben sollte unterstützt werden.
Das ist keine Rechte Postion sondern die rechtliche Position!
Integration was sollte das dann sein ?
Weiterhin: wer baldmöglichen Frieden in Syrien, Afghanistan will, wird das Fortfallen des Asylgrundes erreichen. Umgekehrt, wer die Asylhabenden gerne als Immigranten sieht, muss auf Fortbestehen des Asylgrundes hoffen.

Gerd Pflaumer schrieb am 25.10.2015

Als besonders perfide finde ich, wenn Politiker behaupten, Fluchtursachen mit Militäreinsätzen bekämpfen zu können, wie aktuell z.B. in Mali, wo sich ein neuer Kampfeinsatz der Bundeswehr abzeichnet. Wird die Bundeswehr demnächst auch in Nigeria, Sudan

oder anderen afrikanischen Staaten einmarschieren? Ist das die von Gauck etc. geforderte neue internationale Verantwortung Deutschlands? Ethnische oder religiöse Konflikte lassen sich nicht militärisch bekämpfen. Solange die z.T. ausbeuterischen Strukturen des Welthandels nicht geändert werden, wird es auch aus diesen Gründen Fluchtbewegungen geben. Zurecht werden in einem der Leserbrief Hähnchenlieferungen und Ausbeutung der Meere vor Afrika als Beispiele genannt.
Gerd Pflaumer
